

## RESOLUTION

### Zur wirtschaftlichen Situation der Rentnerinnen und Rentner

Wir, die älteren Mitglieder der Katholischen Arbeitnehmer Bewegung, KAB, melden uns zu Wort.

Wir haben den Eindruck, dass die Einkommenssituation der heutigen Rentenbezieher immer weiter aus dem Blickfeld von Politik und Öffentlichkeit rückt. Dass der Anteil der Armen unter den Rentenbeziehern in Zukunft noch deutlich ansteigen wird, wird anscheinend weitgehend verdrängt.

Dazu stellen wir fest:

Die jährlichen Steigerungen der Renten halten nicht Schritt mit dem Anstieg der Lebenshaltungskosten.

In den letzten fünf Jahren führte dies im Ergebnis zu einer faktischen Rentenkürzung von ca. zehn Prozent. Rentenbezieher mit geringem Einkommen sind davon besonders betroffen.

Der Anstieg der Kosten für Energie, Lebensmittel und Wohnen liegt über den durchschnittlichen Preissteigerungen. Zusätzlich wachsen die notwendigen Aufwendungen für die eigene Gesundheit mit steigendem Alter. Trotz gesetzlicher Krankenversicherung haben die Rentnerinnen und Rentner einen immer erheblicheren Teil dieser Kosten selbst zu tragen. Ob die Krankenkassen mit den zugewiesenen Beiträgen aus dem Gesundheitsfond auskommen werden oder die fehlenden Mittel in dieser oder jener Form von ihren Mitgliedern holen werden, ist derzeit noch völlig offen. Auch hier wären insbesondere die Rentner wieder verschärft getroffen.

Es muss nicht grundsätzlich kritisiert werden, dass das kürzlich verabschiedete Konjunkturpaket II sich fast ausschließlich an Bürgerinnen und Bürger richtet, die Steuern zahlen. Festzuhalten bleibt aber, dass neben anderen einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen auch 80% der Rentner von staatlichen Anreizen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Förderung der Konjunktur ausgeschlossen sind. Wenn gleichzeitig Forderungen lauter werden, die Rentner zu Sonderopfern zur Lösung der Wirtschafts- bzw. Finanzkrise heranzuziehen, ist dies nicht mehr hinnehmbar.

Wir verwahren uns gegen den Vorwurf, dass die für dieses Jahr beschlossene Rentenerhöhung eine unsolidarische Belastung der jungen Beitragszahler bedeute. Mit solchen Behauptungen wird ein Keil in die Solidarität zwischen Jung und Alt getrieben.

Der Vorwurf mangelnder Solidarität im Verhältnis der Generationen wird durch unsere Erfahrung eindeutig widerlegt.

Wir Rentnerinnen und Rentner haben während unseres Erwerbslebens mit unseren Beiträgen die Alterssicherung der Älteren finanziert. Heute tragen viele von uns durch Zuwendung von Zeit und Geld in vielfältiger Weise zur Unterstützung der jungen Generation bei. Wir erinnern nur an die vielen Großeltern, die regelmäßig ihre Enkelkinder versorgen, damit ihre Töchter und Schwiegertöchter den Unterhalt der Familie durch Erwerbstätigkeit sichern können. Nicht nur in unseren eigenen Familien erleben wir, dass die Alten gegenüber den Jungen noch nie soviel Solidarität gezeigt haben wie heute.

Wir fordern die Solidarität aller Bevölkerungsteile für eine zukunftssichere Rente.

Dazu verweisen wir auf das Modell der KAB einer solidarischen Altersvorsorge, die von den großen katholischen Verbänden in die politische Debatte eingebracht wird. Dieses Modell fordert neben der Säule der gesetzlichen Rentenversicherung und einer zweiten Säule der privaten und betrieblichen Altersvorsorge die Einführung einer dritten Basissäule, in der alle Einkünfte einbezogen werden.

Aachen, den 21.3.09